

regierung längst beschlossen worden. Der Erfolg der dann nötigen Verhandlung ist aber noch nicht erfolgt, weil die Kaiserin in einzelnen Punkten nicht nachsichtig gewesen ist. Es handelt sich, wie man daraus ersieht, durchaus nicht um ein bloßes Ansehen, sondern um eine noch längere Zeit länger nicht beseitigbare Forderung. Darin wird auf die vorerwähnte Rede Chamberlains nicht eingegangen, deren Ton nach den bisher vorliegenden Nachrichten keine wirtschaftliche Frage nach einem neuen extremen Charakter und Schutzmaßnahmen, sondern nicht unbedeutenden chaotischen Zustand auf das politische Gebiet hinübergeleitet und als eine Minderheit der nationalen Macht und Ehre behandelt zu werden. Außerdem soll das erwähnte Gesetz nicht als solches bei uns trotzdem nicht behandelt werden.

Wie bekannt, wird der Oberpräsident von Schlesien, Fürst Bischoff, durch von Trebenberg, demnach in den nächsten Tagen. Er hat bereits seine Rücktrittsabsicht erklärt und tritt nach dem Willen zurück. Er ist jetzt längerer Zeit aus dem Reich. Der Vertrag von Triest geht auf die Erklärung ab, der Kaiser sei der Mann. Bei dem Kaiser war er sehr persona grata. Er ist 1878 bis 1889 Mitglied des Reichstages gewesen, wo er der Reichspartei angetraten, 1889 wurde er Oberpräsident von Schlesien. Seit 1878 ist er reichliches Mitglied des Herrenhauses. Fürst Bischoff ist erst 55 Jahre alt.

Ober und Hof.

Über den Rücktritt des Kriegsministers bringt das „Welt. Tagbl.“ eine neue Version, die geeignet ist, nach mancherlei Gerüchten hervorzuheben. In einer Anweisung, die das Blatt veröffentlicht, wird nämlich behauptet, daß Herr v. Goltz nach einer sehr mündigen Einsicht im Schluß Satz vor der Abreise des Kaisers nach Würzburg sein Rücktrittsgesuch eingereicht habe. Die Antwort sei die sofortige Erteilung eines dreimonatlichen Urlaubes gewesen. Als Beweis, daß der Kriegsminister beim Kaiser in Ungnade gefallen, wird angeführt, daß der Kaiser gegenüber dem Reich eine hochgehaltene Persönlichkeit, nach der Rückkehr aus Italien dem Kriegsminister eine Auftragsreise zu erwirken, wörtlich erklärt habe: „Ich will ihn gar nicht an der Hand sehen.“ Weiter wird behauptet, daß die persönlichen Beziehungen des Kriegsministers zum Monarchen seit Monaten auf die unangenehmsten Formen beschaffen sind und daß der Kaiser schließlich mit dem Kriegsminister nur noch durch Vermittlung des Militärkabinetts verkehre. Herr v. Goltz scheint hiernach eher ein Opfer seines Stolz und seiner Überzeugungstreue geworden zu sein, als wie hier und da vermutet wird, der Mißbilligung im Monarchie- und Hofkreise, über die vor einigen Monaten allerlei geschrieben wurde.

Der kommandierende General des XVI. Armeekorps General der Infanterie Graf v. Saffers, ist in Genehmigung seines Rücktrittsgesuches zur Disposition gestellt und der bisherige Gouverneur von Metz, General der Infanterie v. Söder zum kommandierenden General des XVI. Armeekorps ernannt worden. Die Ernennung erfolgte durch den Kaiser nach der Genehmigung der Kaiserin Gemahlin am Sonnabend bei Schloß Hetzdorf.

Das Veranlassung der Verabschiedung des Erbprinzen von Meiningen erinnert die „Welt. Ztg.“ daran, daß neben dem drei in der Presse legitime erwählten Klassen des Erbprinzen noch ein vierter existiere, durch welchen die bis dahin angekauften politischen Verbindungen in den Garnisonen des 6. Armeekorps unterlag worden seien, soweit die Garnisonen Ginz aus verschiedenen Gründen haben. Das „Welt. Tagbl.“ will übrigens wissen, der Erbprinz sei zum Infanterie der II. Armeekorps ernannt, die nach Meiningen verlegt werden soll, ernannt. Weder offiziell noch halbamtlich hat darüber bisher etwas verlautet.

Die Aenderung von Selbstbehauptungs Konstitution 1895 aus den Verordnungen der Reichsregierung ist im Gange. Mit den durch die Umwandlung entstehenden Höheren Klassen der Gesellschaften, die das zukünftige Reichsgesetz vorstellen, wird, wie die „Welt. Ztg.“ berichtet, ein Teil neuer Reichsminister ausgetauscht, um damit noch im Laufe dieses Sommers Beschlüsse in größeren Verbänden vorzunehmen und während des Kaiser am 1. Oktober vor dem Kaiser geschloffen anzutreten. Auf die Resultate, die dann mit den abgeordneten Gefährten erzielt worden sind, werde sich die neue Gesetzvorlage beziehen. Inzwischen werden auch auf den größeren Schließungen ausgedehnte Schließungen mit diesen Gefährten stattfinden, deren Ergebnisse in der Hauptsache vor dem Kaiser festgestellt werden dürften. Damit wird also bestätigt, daß auch mit den Verhandlungen für die Reichsregierung zu tun ist. Die neue Militärvorlage scheint hiernach eine ganz besondere Bedeutung erhalten zu sollen.

Der Transport der abgelassenen Besatzung S. M. S. „Seydewitz“, Kommandierender Lieutenant zur See Graf von Saffers, ist am 15. Mai in Wien eingetroffen und hat an demselben Tage die Reise nach Genua angetreten. Der Dampfer „Sibilla“, mit der abgelassenen Besatzung von „Kaukau“ ist am 14. Mai in Singapur eingetroffen und hat am 16. Mai die Heimreise fortgesetzt.

S. M. S. „Minerva“ und S. M. S. „Rauben“ sind am 15. Mai in St. Thomas (Westindien) eingetroffen.

Verwaltung und Reichsaffäre.

Die Frage, ob ein Lehrer, der zugleich Stadt bezorner ist, bis zum 1. April zur Rechtschaffen gezogen werden darf, wenn er die Schulverhältnisse der ihm zugehörigen Kommune in der Stadterverordnungsverammlung schon festgestellt, ist von der Regierung zu Wartenwerden verneint worden. Es wird darüber berichtet:

Gelegentlich der Beratung über die Umwandlung des Reichsgesetzes in ein Reformgesetz, was es in einer Stadterverordnetenversammlung zu einer lebhaften Schuldebatte, in der Stadterverordnete und Lehrer Decker aus dem Besonderen auf der Stadterverordnetenversammlung kritisierte. Der Erste Bürgermeister Dr. Reichen erwiderte in weiser Weise, daß die Stadt der Lehrerschaft gegenüber stets ihre Pflicht getan habe. Nach einiger Zeit erhielt der Lehrer durch den Magistrat ein Schreiben des Reichsjustizministeriums, worin ihm die in der Stadtverwaltung seiner Wahlbehörde wegen seiner unzureichenden Kenntnisse über die Schulverhältnisse gemachten Bemerkungen ausgesetzt. Es wurde sogar mit „weiteren Schritten“ gedroht, unter Vernehmung am 2. der Schulordnung für die- und Befreiung, wonach auch das unzureichende Verhalten des Lehrers der Reichsjustizministeriums unterliegt. Auf seine Beschwerde an die Stadterverordneten erhielt der Lehrer nun füglich durch Vermittlung der Schulinspektion und der Stadterverordneten folgenden Bescheid der Regierung: „Wir vermögen nicht anzuerkennen, daß Ihre Handlungswelt eine disziplinäre Strafbare Verletzung enthält. Wir geben daher die Ihnen durch die Besetzung des Reichsjustizministeriums erteilte Disziplinärstrafe der Verwahrung auf.“

Die neue Entscheidung wurde auch lebhaft eine Kritik allerhöchster Art herausgefordert haben.

Selbst des Reichsgesetzes ist neuerdings zur Frage des Differenzverfahrens eine beachtenswerte Entscheidung gefällt worden, wonach der Geschäftsführer einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, dadurch, daß er den Einwand des Differenzverfahrens erhebt, um sich von den Verbindlichkeiten loszumachen, seine kaufmännische Ehre geschädigt hat. Diese Entscheidung ist wichtig wegen seiner Konsequenzen. Wiederholt es der kaufmännischen Ehre, sich von eingegangenen Differenzpflichten loszulösen, so erfordert die kaufmännische Ehre die Erfüllung solcher Verpflichtungen. Das Reichsgericht hatte bis dahin mehrfach einen anderen Standpunkt eingenommen. Es ist gut und richtig, daß es jetzt den Rückgang zu einer Aufhebung der Frage gefunden hat, die wider Treu und Glauben im Handelsverkehr zu Nutzen kommen läßt.

Gegen den kassischen Proff Göttinger in Bielefeld wurde ein Strafverfahren wegen Verstoßes gegen § 120a Strafgesetzbuch (Kasselerparagraph) eingeleitet, weil er die Praxis der Dreueverleihungen in Preußen kritisiert hatte. Im vorigen Jahre ist Göttinger wegen eines anderen Verstoßes zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden.

Gegen Majestätsbeleidigung ist nach dem „Nov.“ gegen die „Erdbe. Volkst.“ in viel Anklage erhoben worden. Es handelt sich um einen Artikel „Ein entsetzlicher König“, der sich gegen den König der Belgier richtete. Nach dem „Nov.“ hat der Staatsanwalt in dem Artikel eine Verleumdung aller Könige gefunden.

Parlamentarischer.

Der Bundestag hat, wie die amtlichen Sitzungsberichte ergeben, der von Reichsminister des Inneren letzter Sitzung vorgelegte Novelle zum Krankenversicherungs-gesetz bisher noch nicht zugestimmt. Schon daraus geht hervor, daß der Bundestag die von dem erwähnten Reichsminister wegen des in den Reichstagsbeschlüssen enthaltenen Druckfehlers teil, und die unzulässigkeit, von hierzu nicht legitimer Stelle vorgenommenen „Veränderungen“ als zu Recht bestehend nicht anerkennt. Tatsächlich werden denn auch, wie der „Volkst.“ zu melden weiß, zunächst die Bundesregierungen selbst zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen und sich darüber schlüssig zu machen haben, wie weiter weiter zu verfahren ist. Insbesondere wird wohl die Aufhebung des vormaligen Staatsministeriums in Betracht kommen. Soweit man darüber unterrichtet ist, geht auch dort die Meinung dahin, daß dem Bundestag nichts übrig bleibt, als entweder die Novelle mit dem besprochenen Druckfehler anzunehmen und diesen vom neuen Reichstags nachträglich berichtigen zu lassen, wie es nämlich in einem ähnlichen Falle bei der neuen Ernennungsgesetz geschehen ist, oder die Novelle vorläufig liegen und zunächst durch den neuen Reichstag die erforderliche Verichtigung besorgen zu lassen. Sollte der zweite Weg gewählt werden, so würde sich allerdings die Möglichkeit ergeben, den jetzt auf den 1. Januar festgesetzten Zeitpunkt für das Inkrafttreten der neuen Bestimmungen etwas hinauszuverschieben, also wohl bis zum 1. April 1904. Denn es sind immerhin hierfür Vorbereitungen erforderlich, die eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen werden.

Wahlverfahren.

Angesichts der Schwierigkeiten, die viele Gemeindebehörden auf Grund der Wahlverfahren bereiten, hat der Abg. Richter der Reichstags die Zinsen erucht, eine allgemeine Deklaration alsbald zu veranlassen.

Aus dem Wahlkreise Garmisch-Partenkirchen wurde ein folgendes berichtet: Die bündlerische Wahlmänner haben bekanntlich die Wahl ihres Kandidaten dadurch zu sichern, daß sie die Wähler zu versetzen suchen, sich für die Wahl des Reichstags als externen Agrarier Kandidaten zu verpflichten. Neuerdings hat man ein weiteres Mittel erdacht, um namentlich zögernde Wähler zu unterstützen zu bewegen: man behauptet nämlich, daß der neue Oberpräsident von Posen kein lebhaftes Interesse für die Wahl des Bündlers dadurch befinde, daß er dem bündlerischen Wahlkreis eine namhafte Summe aus seinem Dispositionsfonds überweisen habe. — Wir halten die bündlerische Behauptung für eine ungeheuerliche Ungeheuerlichkeit und erwarten, daß der Herr Oberpräsident dem mit seinem Namen getriebenen Unfug schnellstens durch eine unzweideutige Erklärung ein Ende machen werde.

Ausland.

Die Wirren in Macedonien.

Die Worte hat mit ihrer allzu großen Schnelligkeit bei dem Vorgehen gegen die Bulgaren bei den Reformarbeiten angefallen. Infolge der ersten Vorstellungen des russischen und österreichischen Hofes, hat man auch alsbald feindseligen Blicken auf Bulgarien zu werfen ansetzen. Wie aus Sofia gemeldet wird, hat der russische Hof sich die Befreiung des bulgarischen Metropolitens von Stranitz, Geronimos, verlangt, den die Türken erst aus seinem Amtsis abgesetzt und dann ins Gefängnis gesetzt haben. Ferner hat die Worte dem amtlichen österreichischen Telegraphenbureau eine Demonstration der Zeitungsnachricht zugehen lassen, daß auf Grund eines Todes alle in Konstantinopel weilenden aus dem Reichstum stammenden Bulgaren ausgewiesen seien, die in türkischen Villen als heimatsberechtigten Bulgaren aber dort zu verbleiben müssen. Wahrscheinlich ist jene strenge Maßregel auf einen Blick von Ausland her richtig gemacht worden.

Nach neueren Meldungen scheinen reichlich nur für Konstantinopel mildere Maßnahmen schon getroffen zu haben, während in Macedonien selbst weiter sehr streng gegen die Bulgaren verfahren wird. In den drei macedonischen Vilajets und im Vilajet Adrianopel werden von einer anderen bulgarischen Meldung die Verhaftungen von andere Bulgaren gegen verächtliche Bulgaren eifrig fortgesetzt; infolgedessen sind die Gefangnisse überfüllt und neue provisorische werden eingerichtet.

Durch eine bulgarische Kabinettstiftung ist die Lage auf dem Balkan noch verwickelter worden. Kaum ist Ferdinand nach Sofia zurückgekehrt, so übernahm er, wie mitgeteilt, das Kabinett mit der Demission, die Danew dem Fürsten am Freitag unterbreitete. In einem Telegramm der „Frank. Ztg.“ aus Sofia wird bestätigt, daß dem direkten Anschlag zum Demission des Kabinetts die schlechte Behandlung des Unterstaatsministers Radev durch den Fürsten bei der Gratulationskur anlässlich des Namenfestes des Tronitofest gegeben hat. Den Abendblättern vom Freitag zufolge hätte der Fürst Danew vorgeworfen, wie er ihm einen solchen Menschen wie Radev ins Kabinett bringen könne. Was den Fürsten zu einer so brüsten Stellungnahme gegen den Minister Radev, den früheren Reichsminister des Inneren, Danew, an Anschlag Danew's im gegenwärtigen Kabinett veranlaßt, läßt sich nicht feststellen. Angehlich soll Radev aber den Fürsten als ein Impuls haben. Möglich ist auch, daß die macedonische Bewegung hineinzieht. Tatsächlich waren die Beziehungen des Fürsten zum Kabinett Danew seit der Wiedereinsetzung des letzteren gespannt, und

Danew soll noch vor der Abreise des Fürsten nach Wien seine Demission gegeben haben. Jetzt kehrt er auf der Demission.

Woher das Dynamit stammt, mit dem die bulgarischen Banden versehen sind, wird neuerdings nach und nach aufgedeckt. Nach einer Mitteilung des „XVIII. Jahres“ heißt sich Boris Sarafow im Winter 1902 in Vütich auf, beludete unter Führung eines bulgarischen Einbanden, dessen Bruder bei der Ermordung Stambulows eine Rolle spielte, sämtliche Sprengstofffabriken und faule alle Vorräte an Dynamit auf.

Ein schwerer Schlag für die bulgarischen Banden war der Tod des Organisten und Leiters der innermedionischen Komitees Georg Deltchew. Ueber den Kampf, in dem er gefallen ist, sind erst jetzt folgende Einzelheiten aus den offiziellen, kritischen Berichten bekannt geworden: Der Kampf fand in dem 15 km von Serez entfernten Dorfe Vatica statt. Es sind 60 bis 70 Mann beladene Bande wurde von einem Halbataillon von 4. d. M. von 4 Uhr nachmittags bis abends des nächsten Tages belagert. Die Bande verteidigte sich mit Todesverachtung und sprengte schließlich ihr Munitionss und Dynamit in die Luft, um die Truppen zu vertreiben. Die Truppen verloren nur 5 Tote und hatten 8 Verwundete. Die Bande rückte schließlich und ließ ein Dutzend Tote zurück, darunter Deltchew. Welchen Eindruck der Tod Deltchew's gemacht hat, beweisen bekannt gewordene Aussprüche leitender Komiteemitglieder, a. B.: „Deltchew war ein Duzend Jankows und Sarafow's aus und dieser Punkt ist größer, als wenn alle dem Komitee ausgehenden Offiziere gefallt wären.“

Wiedereröffnung Albaniens.

Der Widerstand der Albanen im Norden ihres Landes ist als völlig gebrochen anzusehen, nachdem auch die Städte Spet und Dinkova wieder in die Gewalt der Türken gelangt sind. Die türkischen Truppen, die von Vitröske aufgedrungen waren, erreichten unter der Führung Ruffo Paschas Freitag abend Spet, ohne Widerstand zu finden. Spet. Die Albanen in Jemik wurden zerstreut und ihre Wohnhäuser zusammengehoben. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist noch unbekannt. Auch der Widerstand Tokowos ist gebrochen, die Bevölkerung erboten die Gnade des Sultans.

Chamberlain gegen Valfour.

Ein eigenartiges Schauspiel gewährt jetzt das britische Ministerium. Die beiden Männer, die gegenwärtig die hervorragendsten Leiter sind, desavouieren einander. Späte jüngst Valfour ein immensumdem Bekanntheit für den Präsidenten abgelegt, so hat ihn demgegenüber am Freitag Chamberlain in seiner ihm mitgeteilten Rede in Venedig mit dem ihm eigenen energischen Nachdruck als eine Lebensfrage für die Zukunft Großbritanniens bezeichnet. Dieser letztere Gegensatz der Ansichten bei dem Vetter und dem neuen ihm bedeutendsten Mitarbeiter des gegenwärtigen Kabinetts tritt so unvermittelt und mit solcher Deutlichkeit zutage, daß es schwer fällt, an ein zufälliges Zusammenreffen dieser beiden Standbeine zu glauben. Es mag vielmehr dem Eindruck, daß diese grundständigen Differenzen von beiden Seiten mit voller Absichtlichkeit dem Lande unterbreitet werden.

Die öffentliche Meinung, die der Valfourische und die Chamberlainische Rede zu gleicher Zeit vorgelegt wurden, hat sich schon jetzt unmerklich zu Gunsten des Nationalministers entschieden. Sämtliche Mitglieder der Regierungspartei tadeln Valfour wegen der Aufgabe des Konservatismus nicht an und sagen ihm, die Regierung hätte sich von einer angeblichen rechtsliberalen Position ganz gewiss ins Besondere lösen lassen. Nur der „Daily Telegraph“ verleiht Valfour ein, daß die Aufgabe des Freihandels auf dem Wege eines großen nationalen Entschlusses herbeigeführt werden müsse, nicht hinterläßt durch eine Schlingenspieler auf Rom. Diesen Entschluß müssen befinden fast alle unparteiischen Wähler für Chamberlain's Appell zur Verbesserung einer imperialistischen Tarifpolitik und einer logischerweise weitgehenden Auslegung des Freihandels. Nur der „Standard“ bezweifelt, daß die Nation hierzu bereit sei, geht jedoch hervor, daß bezüglich Chamberlain's entwürter Zurückweisung des Antrags einer ausländischen Nation, Kanada als geborendes Land zu behandeln, nur eine Stimme des Beifalls in England ertönt.

In den französischen Venerenrevoluten.

Die Schuldigen in den Vorerenrevoluten sind bereits ermittelt und 18 Verhaftungen vorgenommen.

Die Kämpfe in Marokko.

Die spanische Regierung hat wegen der unglücklichen Lage in Marokko Maßnahmen zur Verteidigung von Ceuta getroffen und wird in der nächsten Woche sechs schwere Geschütze, die seit dem spanisch-amerikanischen Kriege sich in Algieris befanden, zu Ceuta nach Ceuta senden.

Einem Telegramm aus Mekka zufolge griffen die Truppen des Sultans Tozja an und nahmen es im Sturm. Woher hätten sie die Umgegend des Dries geplündert und in Brand gesetzt. Zahlreiche Personen blieben hierbei das Leben ein.

Vom antarktischen Eisenbahnerstreik.

Die Ausführenden in Melbourne haben es vorläufig ab, nachzugeben, da die Regierung zu harte Bedingungen stellt und die Leiter des Ausstehens nicht wieder einstellen will.

England.

Aus Portsmouth wird der Erzbischof Telegraph Comandant gemeldet: Die Stadt St. Mary's ist durch einen Brand, der am 18. Juni stattfand, zu halten. Es heißt, der König werde Deutschland an und England verlassen.

Rußland.

Aus Petersburg meldet der Telegraph vom 16. Mai: Während der gelassenen Parade sprang ein Mann aus dem Volk, als der Zar auf dem Balkon vor dem Winterpalais die Hand schüttelte, den Kaiser an die Brust, um eine Handschrift zu überreichen. Als der Kaiser auf dem Balkon die Front der anderen Truppen abricht, trat ein anderer Mann an den Balkon der beiden Kaiserinnen heran und überreichte gleichzeitig eine Handschrift, welche die Kaiserin Alexandra entgegennahm. Zur Befreiung ihrer Persönlichkeiten wurden beide Männer von der Wache abgeführt. Die Vorgänge sind absolut harmlos und haben keinerlei politische Bedeutung.

Bulgarien.

Wie aus Sofia gemeldet wird, ist die Ursache der Ministerkrise in der bestimmten Willensänderung des Fürsten zu finden, daß der Justizminister Radev aus dem Kabinett ausgeschieden wird. Radev's öffentliches Bekenntnis im Schloß zur Begründung seiner Ausscheidung lautet: „Ich habe nicht feststellen können, weshalb ich aus dem Kabinett ausgeschieden werden sollte.“ Radev's öffentliches Bekenntnis lautet: „Ich habe nicht feststellen können, weshalb ich aus dem Kabinett ausgeschieden werden sollte.“ Radev's öffentliches Bekenntnis lautet: „Ich habe nicht feststellen können, weshalb ich aus dem Kabinett ausgeschieden werden sollte.“

Ein Seiden - Angebot ohne Gleichen!

28500 Meter Seidenstoffe für Blusen und Kostüme

Kommen von heute ab zu

enorm billigen Preisen

zum Verkauf. Darunter ist besonders hervorzuheben:

Ein Posten	<u>reinseidene Merveilleux</u> in 42 Farben	Meter 68 Pfg. (Regulärer Preis 2 Mark.)
Ein Posten	<u>reinseidene Taffete</u> in 36 Farben	Meter 85 Pfg. (Regulärer Preis 2 Mark.)
Ein Posten	<u>Seiden-Moirées</u> in 21 Farben	Meter 55 Pfg. (Regulärer Preis 1 M. 75 Pfg.)
Ein Posten	<u>schwere reinseidene</u> farbige Damassées	Meter 1,35 Mk. (Regulärer Preis 2,50 M. bis 3,00 M.)

Ferner:

Grosse Posten in schweren reinseidenen Blusen- und Kostüm-Stoffen, extra schweren reinseidenen einfarbigen Stoffen und prima schwarzen reinseidenen Damassées das Meter **1 Mk., 1,25 Mk., 1,35 Mk., 1,75 Mk.**

Diese Offerte gilt nicht für
Wiederverkäufer.

Bitte meine Schaufenster
zu beachten.

Geschäftshaus

Halle 3. S.

J. Lewin

Marktplatz
2 u. 3.

Grösstes Warenhaus der Provinz Sachsen.

Für den Knechtenteil verantwortlich: Dr. Röhls in Halle

Halle. Druck und Verlag von Otto Seibel.

Mit 3 Belgischen und Niederländischen